

# Polen und Ungarn in der EU – eine wirtschaftliche Erfolgsstory in Gefahr?

vbw

Stand: September 2022

Eine vbw Studie, erstellt von der Prognos AG

Die bayerische Wirtschaft



## Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

## Vorwort

Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der Osterweiterung darf nicht in Mitleidenschaft gezogen werden

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004 konnte die Ost-West-Teilung des europäischen Kontinents nach einer langen Zeit auch wirtschaftlich überwunden werden. Die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU war und ist für beide Seiten gewinnbringend. In den beigetretenen Ländern führte die Unionsmitgliedschaft zu einem enormen Schub an Wirtschaftskraft und Lebensqualität. Für die alten Mitgliedsstaaten brachte die Erweiterung zunächst neue Absatzmärkte, später auch zunehmend attraktive Investitionsstandorte. Mittlerweile sind besonders die mitteleuropäischen Volkswirtschaften mit den Wertschöpfungsketten unserer deutschen und bayerischen Industrien eng verwoben und liefern wichtige Vorleistungen.

Die positive wirtschaftliche Bilanz wird jedoch seit einigen Jahren durch Rechtsstaatlichkeitsverfahren zwischen der EU und Polen bzw. Ungarn überschattet. Die Unionsmitgliedschaft bietet viele Vorteile und Rechte. Sie geht aber auch mit Pflichten einher. Es gilt, das gesamte Unionsrecht umzusetzen und zu wahren. Wir setzen darauf, dass die Regierungen Polens und Ungarns sich der großen Vorteile der EU-Mitgliedschaft bewusst sind und ihrer Verantwortung einer solchen Mitgliedschaft gerecht werden. Die wirtschaftlich enge Verflechtung unserer Volkswirtschaften darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Bertram Brossardt  
28. September 2022



# Inhalt

|                                                                                                                   |    |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Executive Summary                                                                                                 | 1  |
| 1 Konflikte zwischen der EU und Polen bzw. Ungarn                                                                 | 2  |
| 2 Grenzüberschreitende wirtschaftliche Verflechtungen mit Polen und Ungarn                                        | 5  |
| 2.1 Außenhandel                                                                                                   | 5  |
| 2.1.1 Die Handelspartner Polens, Ungarns und Bayerns                                                              | 5  |
| 2.1.2 Die Handelsdynamik zwischen Deutschland und Bayern auf der einen und Polen und Ungarn auf der anderen Seite | 6  |
| 2.1.3 Der bayerische Warenhandel mit Polen und Ungarn                                                             | 7  |
| 2.1.4 Der Warenhandel zwischen Deutschland, Polen und Ungarn nach Verwendung                                      | 10 |
| 2.2 Investitionen                                                                                                 | 11 |
| 2.3 Arbeitsmarkt                                                                                                  | 14 |
| 2.4 Forschung und Innovation                                                                                      | 16 |
| 3 Wertschöpfungsverflechtung zwischen der EU bzw. Deutschland, Polen und Ungarn                                   | 19 |
| 3.1 Auswirkung der deutschen Exportnachfrage in Polen und Ungarn                                                  | 20 |
| 3.2 Auswirkung der polnischen und ungarischen Exportnachfrage in Deutschland und Bayern                           | 24 |
| 4 Von der wirtschaftlichen Vernetzung profitieren alle Partner                                                    | 30 |
| Literaturverzeichnis                                                                                              | 31 |
| Ansprechpartner/Impressum                                                                                         | 32 |

## Executive Summary

**Der Konflikt zwischen den Regierungen Polens und Ungarns und der EU bedroht eine europäische Erfolgsgeschichte.**

Die Studie beleuchtet die politische Einbindung Polens und Ungarns in die Europäische Union (EU) sowie die wirtschaftlichen Verflechtungen der beiden Länder mit Deutschland und Bayern.

Polen und Ungarn erlebten in Folge ihres EU-Beitritts im Jahr 2004 einen beinahe durchgängigen wirtschaftlichen Aufschwung, der bis heute anhält. Gleichzeitig häufen sich in Ungarn seit 2010 und in Polen seit 2015 die Konflikte mit der EU. Diese drehen sich im Kern darum, dass die zunehmend autoritär agierenden Regierungen der Länder die Unabhängigkeit der Justiz einschränkten und so die Gewaltenteilung als demokratisches Fundament untergraben. Das gilt insbesondere für Ungarn, das vom Europäischen Parlament mittlerweile als „hybrides Regime der Wahlautokratie“ bezeichnet wird.

Die Konflikte zwischen den beiden Ländern und der EU bedrohen die Erfolgsgeschichte der wirtschaftlichen Verflechtung Polens und Ungarns mit den anderen Ländern der Europäischen Union. Im Jahr 2021 gingen 64 Prozent der polnischen und 74 Prozent der ungarischen Ausfuhren in die Länder der EU. Deutschland ist für beide Länder der wichtigste Handelspartner.

Auch konnten die Länder ihre Position als Vorlieferer z. B. bayerischer Industrien etablieren und damit industrielle Arbeitsplätze schaffen. Davon zeugen auch die bayerischen Investitionsbestände in Polen und Ungarn im Jahr 2020 in Höhe 5,0 bzw. 4,7 Milliarden Euro. Ebenso war Deutschland Polens und Ungarns wichtigster Forschungspartner in zentralen europäischen Forschungsprojekten.

Auch die Zahl an polnischen und ungarischen Fachkräften, die in Deutschland und Bayern arbeiten, hat durch die Freizügigkeit im EU-Binnenmarkt stark zulegen können. Insgesamt arbeiteten im Jahr 2021 über 100.000 Personen aus den beiden Ländern in Bayern. Diese sind überdurchschnittlich häufig im Baugewerbe tätig und unterstützen so diesen vom Fachkräftemangel betroffenen Bereich mit dringend benötigter Arbeitskraft und Knowhow.

Die wirtschaftlichen Verflechtungen der Länder führen zu einer engen ökonomischen Abhängigkeit voneinander. Das gilt nicht nur für Branchen, die direkt in das jeweils andere Land liefern, sondern auch für diese Branchen zuliefernde, vorgelagerte Branchen. Insgesamt hängen etwa 9 Prozent der Bruttowertschöpfung (BWS) in Polen und Ungarn an dem Handel mit Deutschland. Umgekehrt sind durch den Handel mit Polen und Ungarn fast 43 Milliarden bzw. 19 Milliarden Euro der deutschen BWS und knapp 7 Milliarden Euro bzw. 4 Milliarden Euro der bayerischen BWS induziert.

# 1 Konflikte zwischen der EU und Polen bzw. Ungarn

Der Konflikt zwischen der Europäischen Union und Polen bzw. Ungarn zeigt sich in verschiedenen rechtlichen Verfahren.

Polen und Ungarn sind 2004 im Rahmen der EU-Osterweiterung der Europäischen Union beigetreten. Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt müssen die jeweiligen Staaten die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Diese enthalten ein politisches, ein wirtschaftliches und das Acquis-Kriterium. Das politische Kriterium bezieht sich auf institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten. Das wirtschaftliche Kriterium betrifft eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten. Zur Erfüllung des Acquis-Kriteriums muss ein Beitrittskandidat das gesamte Unionsrecht übernehmen (acquis communautaire – dt. gemeinsamer Besitzstand) und kontinuierlich implementieren. Zum Zeitpunkt des Beitritts erfüllten sowohl Polen als auch Ungarn die Kopenhagener Kriterien und verfügten demnach auch über eine intakte demokratische und rechtsstaatliche Ordnung. Jedoch wird die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der beiden Länder nach dem EU-Beitritt in den vergangenen Jahren zunehmend von politischen Konflikten zwischen den Regierungen der beiden Länder und der EU überschattet.

Die Entwicklungen in Polen, die zum Konflikt mit der EU führten, begannen 2015. In diesem Jahr gewann bei den Wahlen in Polen die nationalistisch geprägte PiS-Partei die Präsidentschaft und die Mehrheiten in beiden Kammern des Parlaments. Seitdem ist Andrzej Duda Staatspräsident Polens. Im Anschluss setzte die polnische Regierung Justizreformen durch. So wurden etwa drei der von der Vorgängerregierung ernannten Verfassungsrichter von der neuen Regierung nicht anerkannt. Von der EU wurde dies als verfassungswidrig eingestuft, die Urteile hierzu hat Polen jedoch nicht publiziert, wodurch sie in Polen nicht rechtskräftig wurden. Über die Folgejahre kamen weitere Reformen hinzu, die das polnische Justizsystem geschwächt haben. So hatte die polnische Regierung 2018 die Immunität der polnischen Richter aufgehoben und die Disziplinkammer eingerichtet, die Disziplinarverfahren gegen Richter einleiten und diese auch suspendieren kann. Die Unabhängigkeit der polnischen Justiz war infolgedessen nicht mehr gewährleistet. Somit verstößt Polen gegen die EU-Verträge – insbesondere gegen den grundlegenden Wert der Rechtsstaatlichkeit.

In Ungarn lassen sich die ersten Veränderungen auf das Jahr 2010 zurückführen. Die nationalkonservative Fidesz-Partei gewann die Parlamentswahlen und sicherte sich eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, die sie bis heute weitestgehend beibehalten konnte. Der Parteivorsitzende Viktor Orbán wurde Ministerpräsident Ungarns. Nur ein Jahr später wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die fast alle Kontrollen über die Exekutivgewalt beseitigt. So wurden die Verfassungsgerichte und ordentlichen Gerichte in der



neuen Verfassung sehr stark geschwächt. Durch die Änderungen, wie etwa der Abschaffung der richterlichen Selbstverwaltung, war die Unabhängigkeit der Justiz fortan nicht mehr gegeben. Aus europäischer Perspektive sind die Gerichte der Mitgliedsstaaten diejenigen Institutionen, die dem EU-Recht in den jeweiligen Ländern Geltung verschaffen. Wird die Justiz behindert, kann auch die Einhaltung des EU-Rechts nicht mehr garantiert werden. Über die folgenden Jahre stuft die NGO Freedom House in ihrem „Nations in Transit“ Bericht Ungarn von einer konsolidierten Demokratie auf eine semi-konsolidierte Demokratie (Freedom House 2015) und schließlich auf ein hybrides Regime (Freedom House 2020) herunter. Auch das Europäische Parlament bezeichnet Ungarn seit dem 15. September 2022 als „hybrides Regime der Wahlautokratie“. Bei hybriden Regimen handelt es sich um Länder mit schwachen demokratischen Institutionen und starken Einschränkungen politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten. Da diese Entwicklungen im starken Gegensatz zu den europäischen Grundwerten insbesondere der Rechtsstaatlichkeit stehen, sorgt dies für Konflikt zwischen Ungarn und der EU.

Eine der Folgen des Konflikts zwischen der EU und Polen bzw. Ungarn sind zahlreiche Vertragsverletzungsverfahren, bei denen sowohl die Europäische Kommission als auch die Mitgliedsstaaten den Europäischen Gerichtshof anrufen können, wenn sie der Auffassung sind, dass ein anderer Mitgliedsstaat gegen eine Verpflichtung aus den EU-Verträgen verstoßen hat. Hier stechen jedoch weder Polen noch Ungarn, gemessen an der Anzahl laufender Vertragsverletzungsverfahren, zwischen den anderen EU-Mitgliedsstaaten hervor.

Ein weitaus stärkeres formales Mittel der EU im Konflikt mit Polen und Ungarn ist die Möglichkeit, bestimmte Rechte, z. B. das Stimmrecht im Rat der EU, dieser Mitgliedsstaaten auszusetzen. Dazu muss die schwerwiegende und anhaltende Verletzung der grundlegenden Werte der EU vom Rat der EU einstimmig und nach Vorschlag des Europäischen Parlaments festgestellt werden. Grundlegende Werte sind z. B. die Achtung der Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Nach Feststellung der schwerwiegenden und anhaltenden Verletzung kann der Rat der EU die Aussetzung bestimmter Rechte des betroffenen Mitgliedsstaats mit qualifizierter Mehrheit beschließen. 2017 und 2018 wurde der Rat der EU aufgefordert, zu prüfen, ob Polen bzw. Ungarn die Grundwerte der EU verletzen. Dies waren die ersten und bisher einzigen angestoßenen Verfahren zur Suspendierung gewisser Rechte gemäß Art. 7 EUV. Seitdem haben jedoch Polen und Ungarn angekündigt, sich gegenseitig den Rücken zu stärken, was einen einstimmigen Beschluss im Rat der EU zur Feststellung der schwerwiegenden und anhaltenden Verletzung der grundlegenden Werte unmöglich macht.

Ein weiteres Verfahren im Falle der Missachtung der Rechtsstaatlichkeit ist der sogenannte „Konditionalitätsmechanismus“. Er ermöglicht die Aussetzung oder Kürzung von Zahlungen aus dem EU-Haushalt, wenn festgestellte Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit oder andere Grundwerte seitens eines Mitgliedsstaats die ordnungsgemäße Verwendung von EU-Mitteln gefährden. Der Beschluss erfolgt durch eine qualifizierte Mehrheit im Rat der Europäischen Union. Bevor das Verfahren gestartet wird, erhält das jeweilige Land einen Brief der EU mit den gesammelten Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit. Dies stellt jedoch nicht die Eröffnung des Verfahrens dar, sondern kann eher als informelle Bitte um



Informationen verstanden werden. Sowohl Polen als auch Ungarn haben bereits einen Brief erhalten. Jedoch klagten beide Länder vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen den gesamten Rechtsstaatsmechanismus. Anfang 2022 erklärte der EuGH den Konditionalitätsmechanismus in vollem Umfang für legal. Seitdem hat das Europäische Parlament die Europäische Kommission dazu aufgefordert, ein Verfahren gegen Polen und Ungarn einzuleiten.

Polen hat im Streit mit der EU kürzlich eingelenkt und ein Gesetz verabschiedet, das die umstrittene Disziplinarkammer für Richter am Obersten Gerichtshof wieder abschafft. Damit ist jedoch die Unabhängigkeit der Justiz noch nicht wieder vollständig hergestellt. So muss mitunter die Disziplinarverordnung für Richter noch reformiert werden. Bis Polen weitere vordefinierte Ziele erreicht, hält die EU Zahlungen aus der EU-Aufbau- und Resilienzfazilität zurück. Im Gegensatz zu Polen besteht der Streit zwischen Ungarn und der EU weiterhin unverändert.

Vor diesem Hintergrund veranschaulicht die Studie die intensiven wirtschaftlichen Austauschbeziehungen und analysiert, inwieweit sie für beide Seiten gewinnbringend sind. Damit wird der drohende wirtschaftliche Schaden verdeutlicht, der mit einer Eskalation des politischen Konflikts zwischen der polnischen bzw. ungarischen Regierung und der EU einhergeht. In Kapitel 2 wird eine Analyse der vielfältigen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Polen bzw. Ungarn und Bayern bzw. Deutschland im Hinblick auf verschiedene volkswirtschaftliche Kenngrößen durchgeführt. In Kapitel 3 wird abschließend aufgezeigt, in welchem Umfang Wertschöpfung und Beschäftigung in Polen und Ungarn am Außenhandel mit Deutschland bzw. den übrigen Ländern der Europäischen Union hängen.

## 2 Grenzüberschreitende wirtschaftliche Verflechtungen mit Polen und Ungarn

Die verarbeitenden Gewerbe in Polen und Ungarn konnten sich seit 2004 als wichtige Zulieferer der bayerischen Industrie etablieren.

Seit der Einbindung von Polen und Ungarn in die EU ist der Handel zwischen den Wirtschaftsräumen stark gewachsen. Trotz politischer Differenzen sind die Räume eng miteinander verwoben. Das zeigen die Untersuchung von Außenhandel, Investitionen, dem Austausch von Fachkräften sowie der grenzüberschreitenden Forschungskooperation.

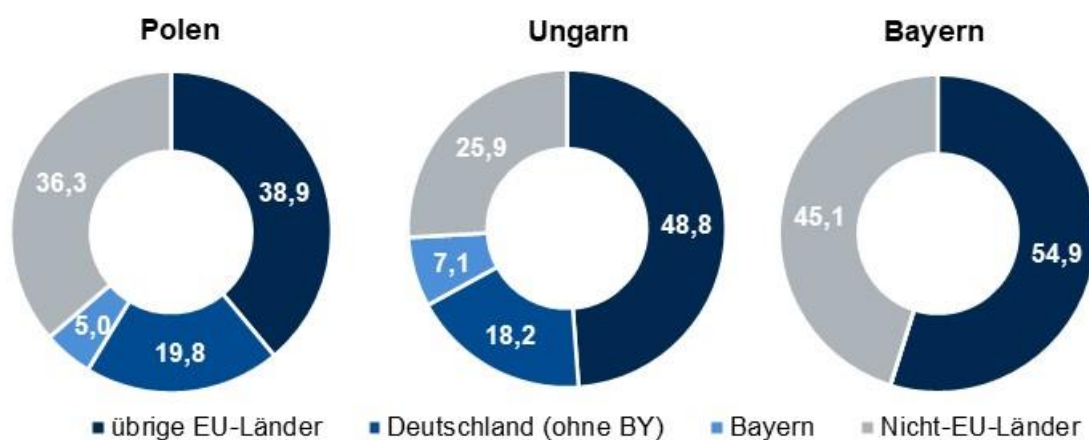
### 2.1 Außenhandel

#### 2.1.1 Die Handelspartner Polens, Ungarns und Bayerns

Für Polen, Ungarn und Bayern stellen die EU-Länder jeweils den wichtigsten Absatzmarkt dar (Abbildung 1). Über die Hälfte des internationalen bayerischen Warenhandels wird mit der EU abgewickelt. Für Polen und Ungarn ist der Handel mit der EU sogar noch bedeutender: Knapp zwei Drittel des polnischen Warenhandels entfallen auf EU-Länder, in Ungarn sogar drei Viertel.

Abbildung 1

Anteil der Handelspartner am gesamten Warenhandel Polens, Ungarns und Bayerns, 2021, in Prozent



Quelle: Comtrade / Prognos Welthandelsmodell 2022, eigene Darstellung Prognos

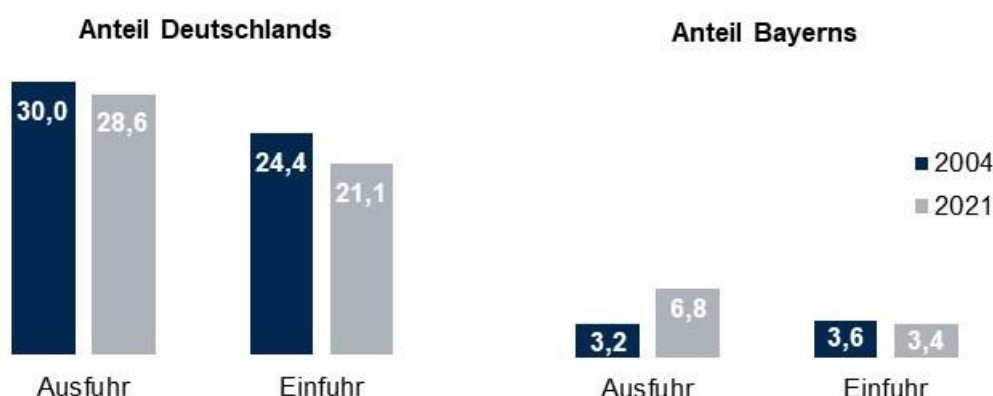
Im Zeitraum von 2004 bis 2021 – also seit dem EU-Beitritt Polens und Ungarns – ist der Handel mit den EU-Partnern für Polen, Ungarn und Bayern stark gestiegen. Den stärksten Zuwachs erzielte Polen mit einem Wachstum von 274 Prozent. Gleichzeitig hat die EU aus polnischer Perspektive als Handelspartner an relativer Bedeutung leicht von 70 auf 64 Prozent verloren. Grund dafür ist, dass der Handel mit der restlichen Welt und insbesondere mit China noch stärker gestiegen ist. Der chinesische Anteil am internationalen polnischen Warenhandel hat sich von drei auf acht Prozent erhöht. Aus ungarischer und aus bayerischer Perspektive ist der EU-Anteil am Außenhandel seit 2004 stabil geblieben. Der Außenhandel mit Deutschland und Bayern spielt sowohl für Polen als auch für Ungarn eine herausragende Rolle. Für beide Länder ist Deutschland der wichtigste Handelspartner.

### 2.1.2 Die Handelsdynamik zwischen Deutschland und Bayern auf der einen und Polen und Ungarn auf der anderen Seite

Fast ein Drittel aller polnischen Ausfuhren geht nach Deutschland und über ein Fünftel der polnischen Einfuhren stammt aus Deutschland (Abbildung 2). Auch in diesen Zahlen zeigt sich im Vergleich der Anteile in den Jahren 2004 und 2021 ein leichter relativer Bedeutungsverlust Deutschlands als Handelspartner für Polen. Dennoch hat sich der Warenhandel zwischen Deutschland und Polen in absoluten Zahlen fast vervierfacht. Im Gegensatz zu Deutschland konnte Bayern den Handel mit Polen sowohl absolut als auch relativ zum gesamten Warenhandel Polens deutlich ausweiten. Hier zeigt sich, dass sich Polen als wichtiger Lieferant für die bayerische Industrie etablieren konnte.

Abbildung 2

Anteil Deutschlands und Anteil Bayerns am polnischen Warenhandel, 2004 und 2021, in Prozent

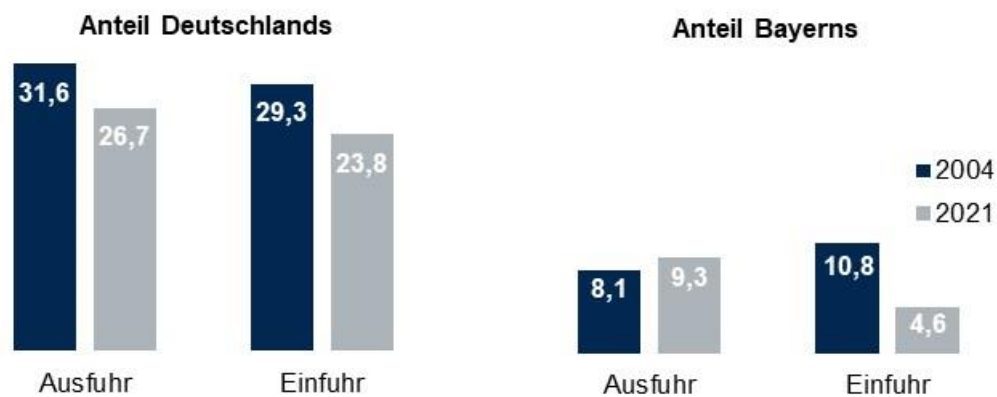


Quelle: Comtrade / Prognos Welthandelsmodell 2022 und Statistisches Bundesamt 2022, eigene Darstellung Prognos

Von den ungarischen Ausfuhren geht über ein Viertel nach Deutschland und fast ein Viertel der Einfuhren stammt aus Deutschland (Abbildung 3). Dennoch ist auch hier der Anteil Deutschlands am ungarischen Warenhandel seit 2004 zurückgegangen, sogar noch stärker als in Polen. In Bezug auf Bayern ist das Bild aber etwas durchmischer. Der bayerische Anteil an den gesamten ungarischen Einfuhren ist im Zeitraum von 2004 bis 2021 um über die Hälfte auf fünf Prozent zurückgegangen. Die ungarischen Ausfuhren nach Bayern profitierten aber von der zunehmenden Verflechtung der Industrien beider Länder und konnten im betrachteten Zeitraum auch anteilmäßig leicht steigen.

Abbildung 3

Anteil Deutschlands und Anteil Bayerns am ungarischen Warenhandel, 2004 und 2021, in Prozent



Quelle: Comtrade / Prognos Welthandelsmodell 2022 und Statistisches Bundesamt 2022, eigene Darstellung Prognos

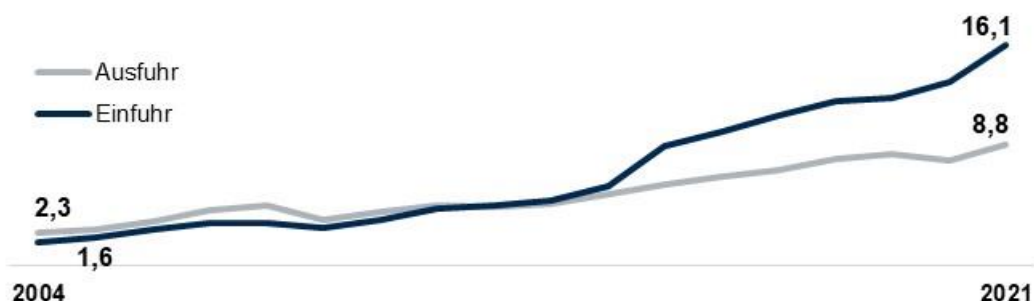
Im Vergleich der deutschen Bundesländer ist Bayern sowohl für Polen als auch für Ungarn der wichtigste Handelspartner. Relativ zu den anderen Bundesländern hat die Bedeutung Bayerns im Handel mit Polen zugenommen, mit Ungarn aber abgenommen – hier insbesondere zugunsten Baden-Württembergs.

### 2.1.3 Der bayerische Warenhandel mit Polen und Ungarn

Der bilaterale Handel Bayerns mit Polen ist seit 2004 stark gestiegen (Abbildung 4). Die bayerische Handelsbilanz mit Polen war bis zum Jahr 2014 in etwa ausgeglichen. Ab dem Jahr 2014 beschleunigte sich dann das Wachstum der Einfuhren aus Polen, während das der Ausfuhren in etwa konstant blieb. Das führte zu einem stetig wachsenden Handelsbilanzdefizit Bayerns mit Polen. Insgesamt betrachtet ist Polen der fünftwichtigste Handelspartner Bayerns.

Abbildung 4

Bayerischer Außenhandel mit Polen, 2004 bis 2021, in Mrd. Euro

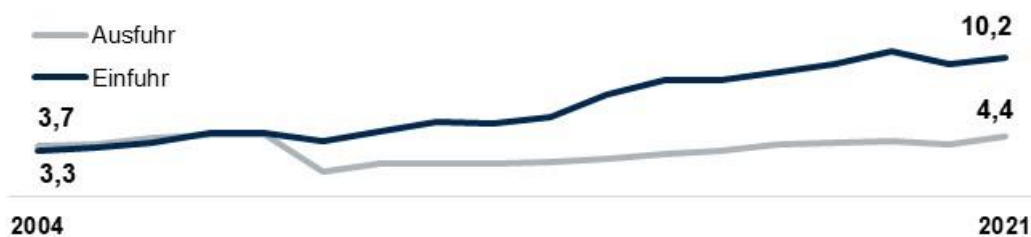


Quelle: Statistisches Bundesamt 2022, eigene Darstellung Prognos

Auch im Handel mit Ungarn wachsen die bayerischen Einfuhren stärker als die Ausfuhren (Abbildung 5). Im Rahmen der Wirtschaftskrise 2008/2009 brachen die Ausfuhren nach Ungarn stark ein und stiegen auch danach langsamer als die Einfuhren. Die Exporte lagen auch im Jahr 2021 noch leicht unter dem Vorkrisenniveau. Die Einfuhren aus Ungarn sind im betrachteten Zeitraum fast durchgehend gestiegen. Insgesamt betrachtet ist Ungarn der neuntwichtigste Handelspartner Bayerns.

Abbildung 5

Bayerischer Außenhandel mit Ungarn, 2004 bis 2021, in Mrd. Euro

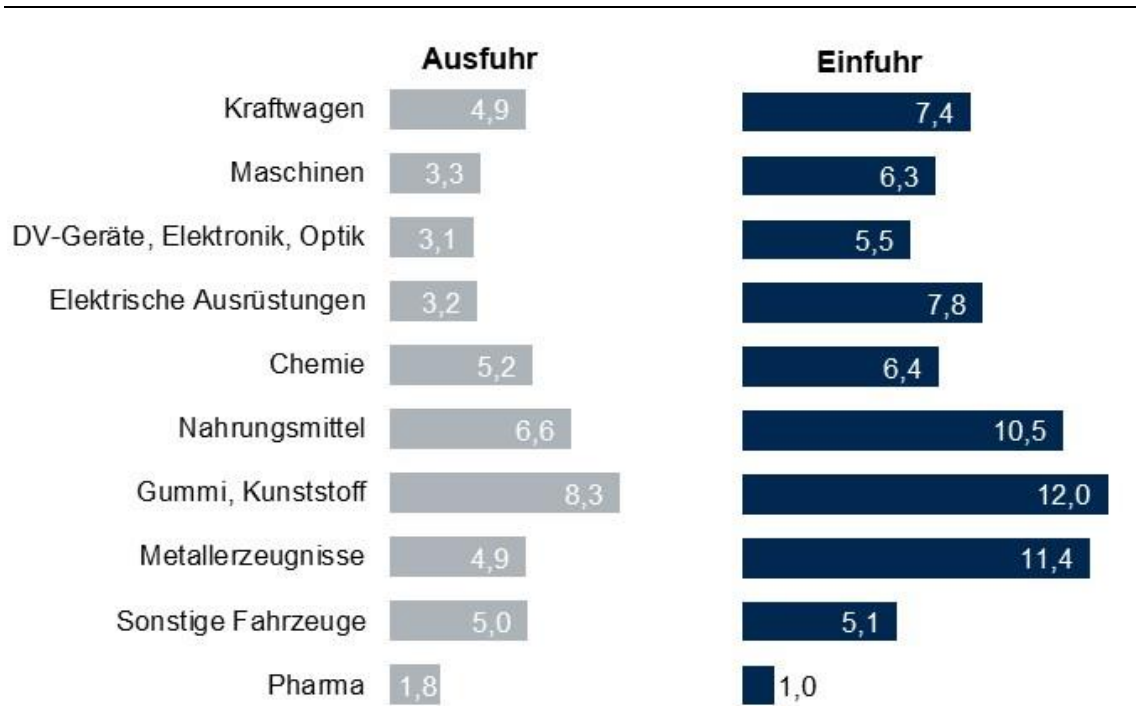


Quelle: Statistisches Bundesamt 2022, eigene Darstellung Prognos

Die Einfuhren aus Polen decken jeweils über 10 Prozent der bayerischen Einfuhren in den Branchen Nahrungsmittel, Gummi, Kunststoff und Metallerzeugnisse (Abbildung 6). Auch in den wichtigen Branchen Kraftwagen und Elektrische Ausrüstungen ist Polen mit 7,4 und 7,8 Prozent Einfuhranteil bedeutender Lieferant der bayerischen Industrie. Den größten Anteil an den bayerischen Branchenausfuhren hat Polen in den Branchen Gummi, Kunststoff und Nahrungsmittel mit 8,3 und 6,6 Prozent.

Abbildung 6

Anteil Polens am bayerischen Außenhandel in ausgewählten Industriebranchen, 2021, in Prozent

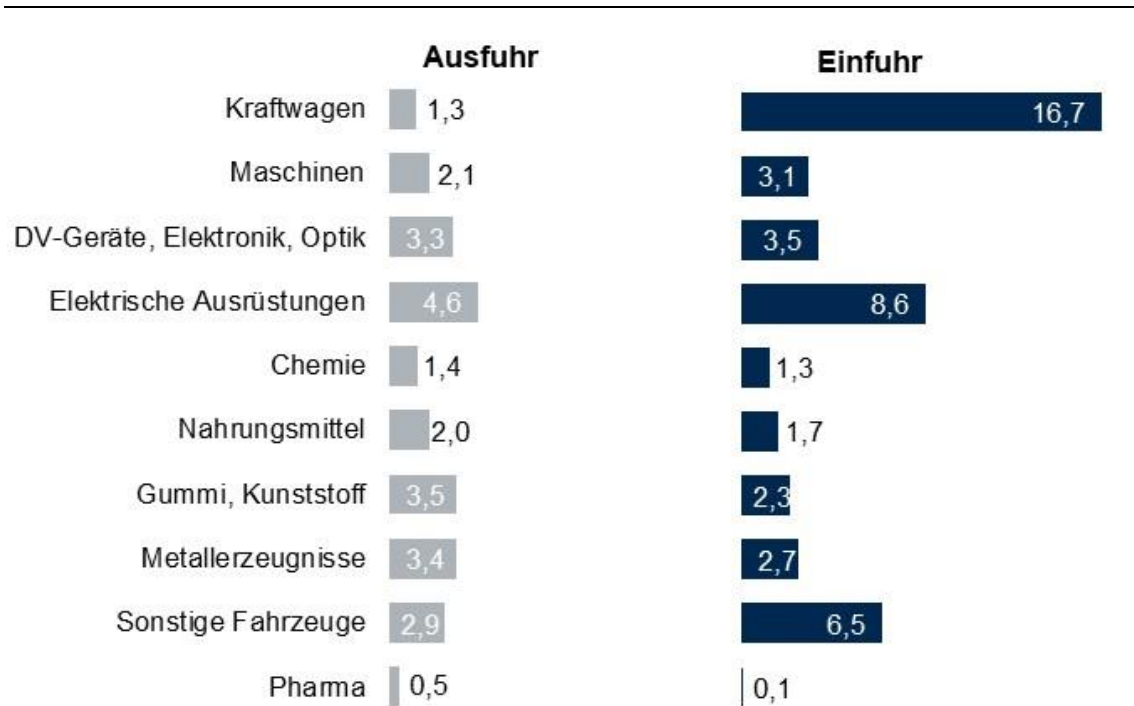


Quelle: Statistisches Bundesamt 2022, eigene Darstellung Prognos

In der Branchenbetrachtung des bayerisch-ungarischen Handels zeigt sich die massive Bedeutung Ungarns als Vorleistungslieferant für den bayerischen Fahrzeugbau. Über ein Sechstel der bayerischen Einfuhren im Fahrzeugbau stammt aus Ungarn (Abbildung 7). In den Branchen Elektrische Ausrüstungen, Gummi, Kunststoff und Metallerzeugnisse ist Ungarn mit Ausfuhranteilen in Höhe von 4,6 Prozent, 3,5 Prozent und 3,2 Prozent ein wichtiges Ausfuhrziel.

Abbildung 7

Anteil Ungarns am bayerischen Außenhandel in ausgewählten Industriebranchen, 2021, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt 2022, eigene Darstellung Prognos

#### 2.1.4 Der Warenhandel zwischen Deutschland, Polen und Ungarn nach Verwendung

Die deutschen Ausfuhren nach Polen werden von Vorleistungsgütern dominiert (Abbildung 8). Auch die Ausfuhren von Investitionsgütern spielen mit 13 Prozent eine relativ große Rolle. Nur etwas über ein Drittel der Ausfuhren nach Polen sind Konsumgüter. Umgekehrt sind bei Einfuhren aus Polen Konsumgüter mit einem Anteil von 43 Prozent wesentlich wichtiger.



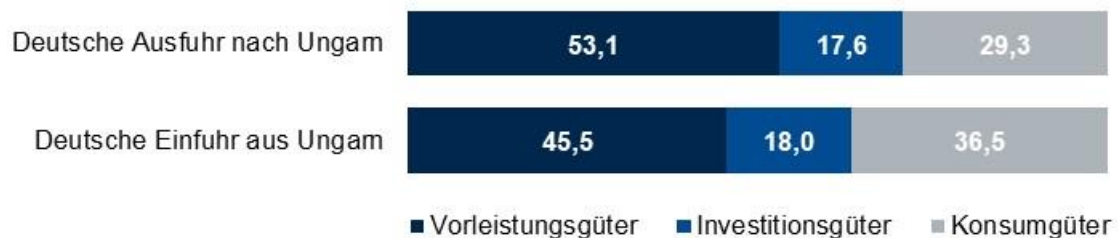
**Abbildung 8**  
 Deutsch-Polnischer Außenhandel nach Verwendung, 2021, in Prozent



Quelle: Comtrade / Prognos Welthandelsmodell 2022, eigene Darstellung Prognos

Ein ähnliches Muster findet sich bei dem Außenhandel mit Ungarn (Abbildung 9). Allerdings ist der Handel mit Investitionsgütern hier wesentlich wichtiger: 18 Prozent der Ein- und Ausfuhren nach und aus Ungarn sind Investitionsgüter wie etwa Maschinen für das produzierende Gewerbe.

**Abbildung 9**  
 Deutsch-Ungarischer Außenhandel nach Verwendung, 2021, in Prozent



Quelle: Comtrade / Prognos Welthandelsmodell 2022, eigene Darstellung Prognos

## 2.2 Investitionen

Deutschland ist ein wichtiger Investor in Polen und Ungarn. Im Jahr 2020 betrug der Bestand an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen aus Deutschland in Polen 36,9 Milliarden Euro und in Ungarn 18 Milliarden Euro. Im Jahr 2020 stammten 28 Prozent des Direktinvestitionsbestands in Ungarn aus Deutschland. Im Jahr 2020 entfielen deutschlandweit 2,8 Prozent aller Bestände an ausländischen Direktinvestitionen auf Polen und 1,4 Prozent auf Ungarn.

Im Gegenzug lag der Bestand an Direktinvestitionen aus Polen und Ungarn in Deutschland im Jahr 2020 bei nur 360 bzw. 143 Millionen Euro. Damit ist Deutschland für polnische Investitionen ein zunehmend wichtiges Ziel: Der Anteil Deutschlands an den polnischen Direktinvestitionen im Ausland legte von 3,9 Prozent im Jahr 2013 auf 7,1 Prozent im Jahr 2020 zu. Anteilig an den gesamten ungarischen Direktinvestitionen bleibt Deutschland dagegen eher unbedeutend. Der Anteil Deutschlands an den ungarischen Direktinvestitionen im Ausland war sowohl im Jahr 2013 als auch im Jahr 2020 sehr gering.

Auf das verarbeitende Gewerbe entfielen 20 Prozent des deutschen Investitionsbestands in Polen (Abbildung 10) und 38 Prozent in Ungarn. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes ist der Kraftwagenbau in Polen der wichtigste Investor. Im Jahr 2020 stammten über 7 Prozent des deutschen Investitionsbestands in Polen aus dieser Branche. Dieser hohe Anteil verdeutlicht die Bedeutung, die Polen inzwischen als Produktionsstandort für den deutschen Kraftwagenbau erlangt hat.

Abbildung 10

Deutsche FDI in Polen nach Branchen, 2020, in Prozent



Quelle: Bundesbank 2022a, eigene Darstellung Prognos

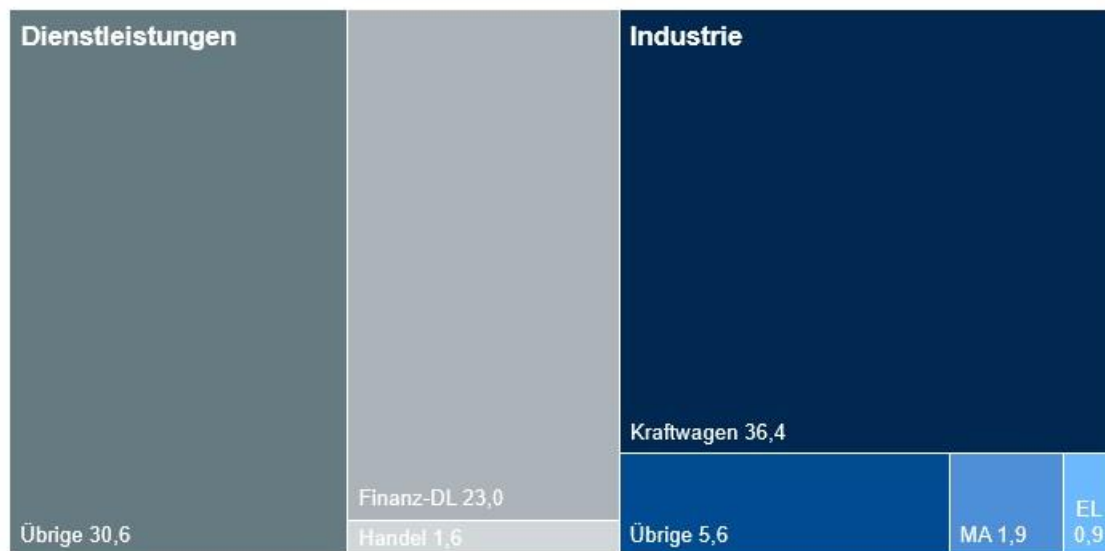
DL = Dienstleistungen, EL = Elektrische Ausrüstungen, MA = Maschinenbau

Der deutsche Kraftwagenbau ist der wichtigste Investor in Ungarn. Im Jahr 2017 war er für 36 Prozent des deutschen Investitionsbestands in Ungarn verantwortlich (Abbildung 11). In den Jahren nach 2017 veröffentlichte die Bundesbank keine Daten für den Investitionsbestand aus dem Kraftwagenbau in Ungarn, mit der Begründung, dass der „Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll“ sei. Daher liegen für diese Jahre keine

zuverlässigen Daten zum deutschen Investitionsbestand in Ungarn vor. Der deutsche Kraftwagenbau investierte auch nach dem Jahr 2017 weiterhin in Ungarn, beispielsweise baut BMW gegenwärtig eine neue Fabrik in Debrecen, einer Stadt im Osten Ungarns (GTAI 2022).

Abbildung 11

Deutsche FDI in Ungarn nach Branchen, 2017, in Prozent



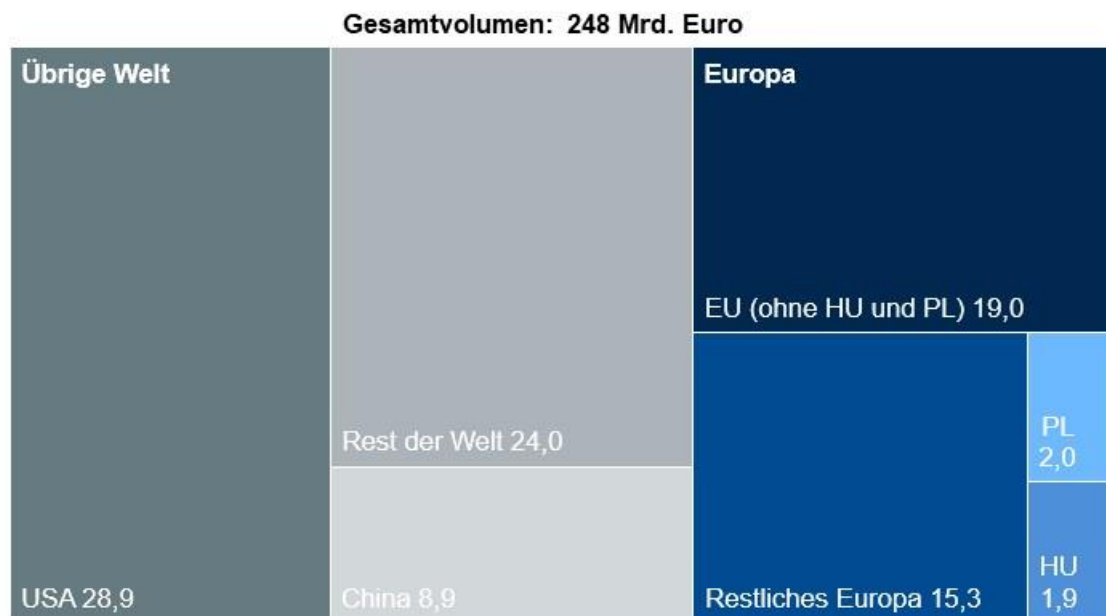
Quelle: Bundesbank 2022a, eigene Darstellung Prognos

DL = Dienstleistungen, MA = Maschinenbau, EL = Elektrische Ausrüstungen

Der bayerische Direktinvestitionsbestand im Ausland lag im Jahr 2020 bei über 248 Milliarden Euro (Abbildung 12). Davon gingen 5 Milliarden Euro nach Polen (2 Prozent) und 4,7 Milliarden Euro nach Ungarn (1,9 Prozent). Aus Bayern stammen fast 14 Prozent des deutschen Direktinvestitionsbestands in Polen und über 26 Prozent des deutschen Direktinvestitionsbestands in Ungarn.

Abbildung 12

Unmittelbare und mittelbare bayerische Direktinvestitionen im Ausland nach Ländern und Regionen, 2020, in Prozent



Quelle: Bundesbank 2022b, eigene Darstellung Prognos

PL = Polen, HU = Ungarn

Für die bayerische Wirtschaft spielen Investitionen aus Polen und Ungarn damit ebenso nur eine untergeordnete Rolle. Im Jahr 2019 lag der Investitionsbestand aus diesen Ländern in Bayern gerade einmal bei 83 Millionen Euro aus Polen und bei 294 Millionen Euro aus Ungarn.

## 2.3 Arbeitsmarkt

Die Verflechtung der polnischen und ungarischen Arbeitsmärkte mit dem deutschen ist ein wichtiger Bestandteil des Austauschs zwischen den Ländern. Beschäftigte mit polnischer und ungarischer Staatsangehörigkeit spielen für Bayern und Deutschland eine größere Rolle als umgekehrt. Ein Grund dafür liegt in dem hohen Lohnniveau sowie den guten Beschäftigungschancen in Deutschland. Ausschlaggebend für die statistische Erfassung ist allein die Staatsangehörigkeit, unabhängig davon, ob die Beschäftigten bereits vor der Beschäftigungsaufnahme zugezogen sind oder bereits in Deutschland geboren wurden. Die Zahl der polnischen und ungarischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern ist in den vergangenen Jahren durchgehend gestiegen und erreichte im Jahr 2021 mit 66.900 polnischen und 41.300 ungarischen Beschäftigten einen neuen Höchststand.

Lediglich im Jahr 2020 verursachte die COVID-19 Krise vorübergehend einen leichten Rückgang der Beschäftigtenzahlen. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass sich seit 2016 die Zuwanderung von Beschäftigten aus den beiden Ländern nach Bayern verlangsamt hat. Die deutschen Daten ermöglichen lediglich eine Auswertung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus Polen und Ungarn. Nicht berücksichtigt werden in dieser Gruppe die nicht abhängig Beschäftigten, insbesondere Selbstständige.

Polnische Beschäftigte machten im Jahr 2021 etwas mehr als 1 Prozent aller Beschäftigten in Bayern aus, ungarische Beschäftigte immer noch 0,7 Prozent. In Deutschland insgesamt waren 468.300 polnische und 107.200 ungarische Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (1,4 Prozent bzw. 0,3 Prozent aller Beschäftigten). Polinnen und Polen machten im Jahr 2021 über 10 Prozent der ausländischen Beschäftigten in Deutschland aus und über 7 Prozent der ausländischen Beschäftigten in Bayern. Damit sind sie in Deutschland nach Türkinnen und Türken die zweitgrößte Gruppe an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit und in Bayern nach Rumäninnen bzw. Rumänen und Türkinnen bzw. Türken die drittgrößte Gruppe. Bayern ist zudem ein zentraler Anlaufpunkt für ungarische Beschäftigte, fast 40 Prozent aller in Deutschland sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus Ungarn arbeiten in Bayern.

Beschäftigte mit polnischer und ungarischer Staatsangehörigkeit sind in Bayern im Baugewerbe besonders stark vertreten. 15 Prozent der polnischen und 10 Prozent der ungarischen Beschäftigten in Bayern arbeiten in dieser Branche. Auch im Sektor Verkehr und Lagerei sowie in Teilbereichen der Arbeitnehmerüberlassung sind überdurchschnittlich viele Polen und Ungarn beschäftigt. Im Gastgewerbe sind zudem ungarische Beschäftigte überdurchschnittlich vertreten.

Beschäftigte aus Polen und Ungarn zeichnen sich durch einen unterdurchschnittlichen Bildungsgrad aus (Abbildung 13). Rund 40 Prozent der Beschäftigten aus Polen und Ungarn haben das Ausbildungsniveau „Helfer“ gegenüber 15 Prozent aller Beschäftigten in Bayern. Nur gut vier Prozent der polnischen und ungarischen Beschäftigten in Bayern sind Fachkräfte.

Abbildung 13

Beschäftigte in Bayern nach Ausbildungsniveau und Staatsangehörigkeit, 2021, in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2021, eigene Darstellung Prognos

Die Arbeitsmigration aus Deutschland nach Polen und Ungarn ist schwer zu schätzen, da keine Zahlen aus den beiden Ländern vorliegen. Die Länder sind jedoch nur für wenige auswandernde Deutsche ein Ziel. Im Jahr 2020 gingen von über 220.000 fortziehenden Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit 1,8 Prozent nach Polen und 0,5 Prozent nach Ungarn. Die Zahl der Auswanderer nach Polen ist seit 2008 fast durchgehend rückläufig.

## 2.4 Forschung und Innovation

Wichtig für den Austausch zwischen Bayern auf der einen und Polen bzw. Ungarn auf der anderen Seite sind grenzüberschreitende Forschungs Kooperationen. Dieser Austausch ist zwar weniger stark ausgeprägt als mit westeuropäischen Partnern wie Frankreich oder den Niederlanden, bildet aber die Grundlage für künftige gemeinsame wirtschaftliche Aktivitäten. Die Zahl der Forschungs Kooperationen lässt sich gut am Beispiel der europäischen Förderprogramme Horizon 2020 und EUREKA darstellen.

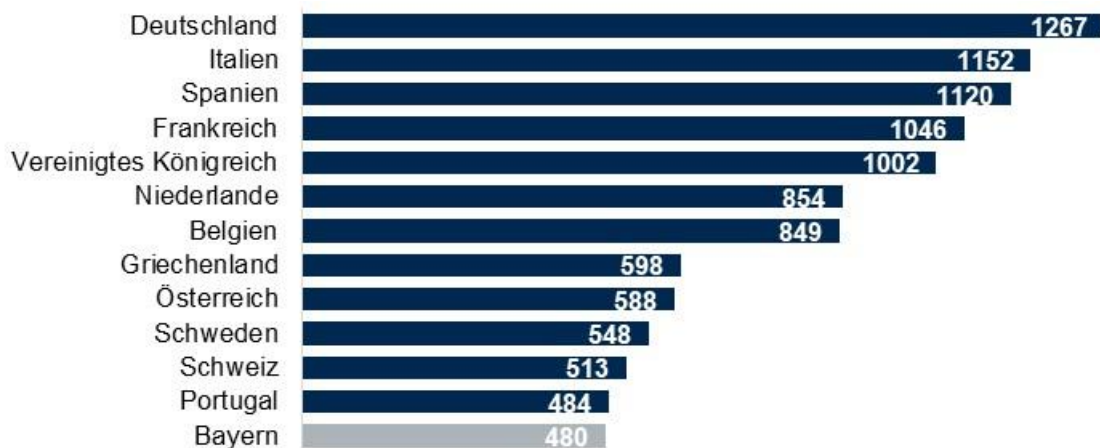
Das Forschungsprogramm Horizon 2020 zielt insbesondere auf die Förderung von wissenschaftlicher Exzellenz und Technologieentwicklung, ist also dem Bereich Grundlagenforschung zuzuordnen. Insgesamt haben sich bayerische Akteure im Zeitraum 2014 bis 2020 im Rahmen von Horizon 2020 an rund 3.760 Projekten beteiligt. Bei diesen Projekten arbeiteten die bayerischen Akteure mit Partnern aus mindestens einem weiteren Land zusammen. Meist schlossen sich mehrere Partner aus verschiedenen Horizon 2020-Teilnehmerländern zu Kooperationen zusammen. Es zeigt sich, dass Forschungsakteure aus Bayern und Polen oder Ungarn im Rahmen von Horizon 2020 durchaus häufig miteinander kooperierten. Bei etwa 13 Prozent aller Horizon 2020-Projekte mit bayerischer Beteiligung

war auch ein polnischer Partner mit an Bord und bei etwa 8 Prozent ein ungarischer Partner. Damit liegen Polen und Ungarn auf Rang 14 bzw. 18 der wichtigsten Kooperationspartner für Bayern.

Umgekehrt hingegen gilt: Für Polen sind Bayern und Deutschland insgesamt zentrale Kooperationspartner. Insgesamt wirkten polnische Akteure an rund 1.910 Forschungsprojekten im Rahmen von Horizon 2020 mit. Bei über einem Viertel kooperierten sie dabei mit bayerischen Forschungspartnern. Mit keinem anderen Bundesland kooperierten polnische Akteure häufiger. Als eigenständiges Land stünde Bayern damit an 11. Stelle der polnischen Kooperationspartner (Abbildung 14). Deutschland insgesamt ist im Rahmen von Horizon 2020 der wichtigste Kooperationspartner Polens.

Abbildung 14

Internationale Forschungsk Kooperationen Polens im Rahmen von Horizon 2020

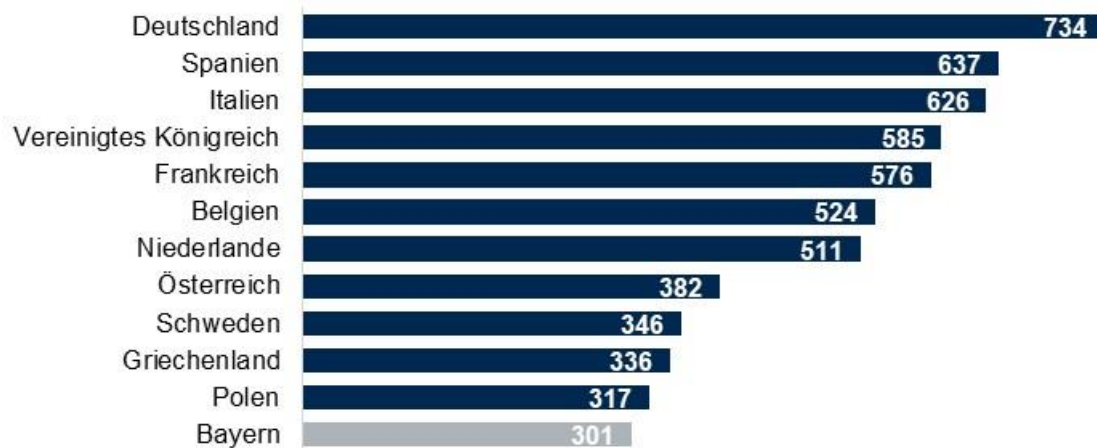


Quelle: Cordis 2022, eigene Darstellung Prognos

Auch für Ungarn sind Deutschland und Bayern zentrale Kooperationspartner. Ungarn ist im Vergleich zu Polen etwas weniger stark in Horizon 2020 aktiv. Insgesamt wirkten ungarische Akteure in 1.120 Forschungsprojekten mit. Auch hier wurde bei über einem Viertel dieser Projekte mit bayerischen Forschungspartner kooperiert, mehr als mit jedem anderen deutschen Bundesland. Auch im Fall von Ungarn stünde Bayern damit an 11. Stelle der Kooperationspartner. Deutschland ist ebenso wie für Polen der wichtigste Kooperationspartner Ungarns (Abbildung 15).

Abbildung 15

## Internationale Forschungsk Kooperationen Ungarns im Rahmen von Horizon 2020



Quelle: Cordis 2022, eigene Darstellung Prognos

Während das Horizon 2020-Programm vor allem auf Grundlagenforschung zielt, adressiert das europäische Forschungsrahmenprogramm EUREKA die eher anwendungsorientierten und marktnahen Kooperationen. Aus Gründen der Datenverfügbarkeit kann hier nur der Zeitraum von 2014 bis 2019 dargestellt werden. Deutsche Akteure waren in über 500 Projekten aktiv. Insgesamt wurde in zehn dieser Projekte mit Polen und in 21 dieser Projekte mit Ungarn kooperiert. Damit spielt die Kooperation mit diesen Ländern für deutsche Akteure im Forschungsrahmenprogramm EUREKA nur eine untergeordnete Bedeutung. Umgekehrt ist Deutschland dagegen für Ungarn der wichtigste Kooperationspartner, in fast 40 Prozent der ungarischen Projekte bestanden Kooperationen mit Deutschland. Auch für Polen ist Deutschland immerhin der drittwichtigste Kooperationspartner, nur mit Spanien und Tschechien wurde häufiger kooperiert.



### 3 Wertschöpfungsverflechtung zwischen der EU bzw. Deutschland, Polen und Ungarn

Exportnachfrage aus Deutschland generiert sowohl in Polen als auch in Ungarn Bruttowertschöpfung und Beschäftigung in bedeutendem Umfang.

Die außenwirtschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland, Polen, Ungarn und den weiteren EU-Staaten führt in dem jeweiligen Partnerland bzw. Partnerregion zu Wertschöpfung und Beschäftigung. Durch eine Input-Output-Analyse lässt sich diese Verflechtung quantitativ darstellen. Dazu liefert die Exiobase multiregionale Input-Output-Datenbank Werte von 2019 als Grundlage für diese Berechnungen. Hierbei unterscheidet man methodisch zwischen direkten und indirekten Effekten auf die Bruttowertschöpfung (BWS) und Beschäftigung:

- Direkte Effekte auf BWS und Beschäftigung entstehen durch die Produktion von Waren und Dienstleistungen, die direkt exportiert werden.
- Indirekte Effekte bezeichnen die BWS und Beschäftigung in vorgelagerten Wertschöpfungsstufen von Exportgütern. Somit wird die gesamte Wertschöpfungskette der Produktion in der Analyse betrachtet.

Aus polnischer bzw. ungarischer Perspektive war im Jahr 2019 die Nachfrage aus der Europäischen Union für 127,3 Milliarden Euro (23,9 Prozent der polnischen BWS) bzw. 42,8 Milliarden Euro (29,3 Prozent der ungarischen BWS) verantwortlich. Davon entfallen in Polen 9 Prozentpunkte (48 Milliarden Euro) und in Ungarn 9,2 Prozentpunkte (13,5 Milliarden Euro) auf die Nachfrage aus Deutschland. Die europäische Nachfrage sorgt für die Beschäftigung von 4,4 Millionen Personen in Polen (25,8 Prozent der Gesamtbeschäftigung) und 1,2 Millionen Personen in Ungarn (26,1 Prozent der Gesamtbeschäftigung). Davon entfallen in Polen 9,9 Prozentpunkte (1,7 Millionen Personen) und in Ungarn 7,9 Prozentpunkte (361.000 Personen) dieser abhängigen Beschäftigung auf die deutsche Nachfrage. Neben Deutschland ist Polen innerhalb der EU am stärksten mit Tschechien und Frankreich verflochten, in Ungarn sind es Italien und Rumänien.

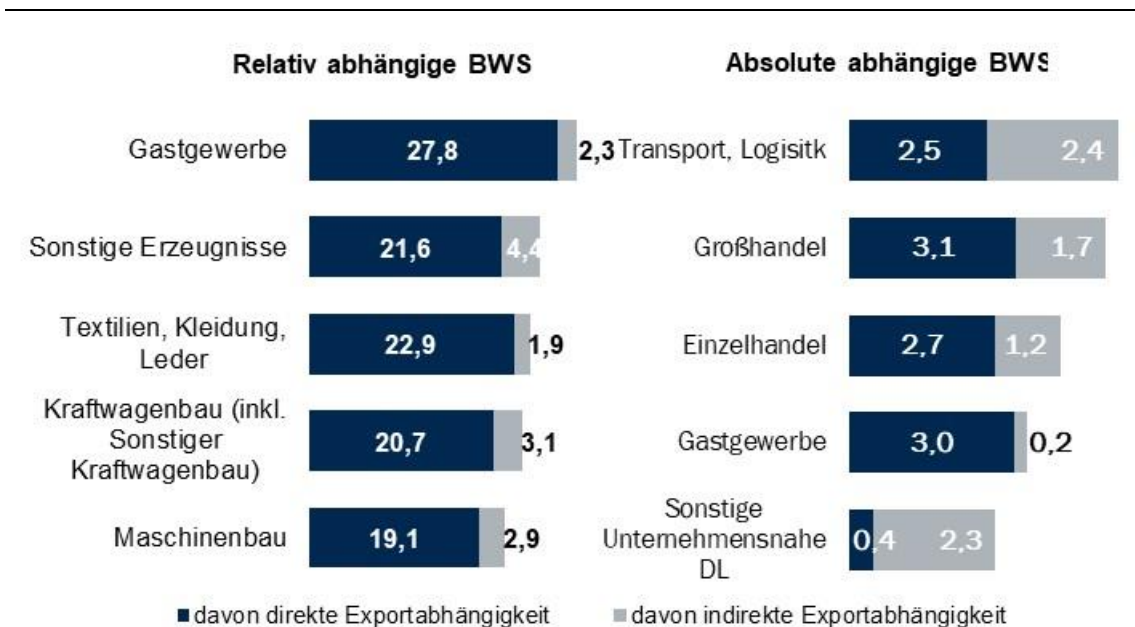
Die Exportabhängigkeit verschiedener Branchen ist unterschiedlich ausgeprägt. Dabei sind Industriebranchen vermehrt direkt exportabhängig und Dienstleistungsbranchen eher indirekt exportabhängig. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass exportabhängige Dienstleistungen meist als Vorleistung für exportierende Branchen dienen.

### 3.1 Auswirkung der deutschen Exportnachfrage in Polen und Ungarn

Die Betrachtung der am stärksten von Deutschland abhängigen polnischen Branchen hebt das Gastgewerbe, die sonstigen Erzeugnisse (z. B. medizinische Apparate und Materialien), sowie die Textil- und Bekleidungsbranche als relativ am stärksten abhängige Branchen hervor. Gemessen an den absoluten Werten sind vor allem Transport und Logistik, der Großhandel sowie der Einzelhandel von der deutschen Exportnachfrage abhängig (Abbildung 16).

Abbildung 16

Relative und absolute BWS ausgewählter polnischer Branchen, die (in-)direkt von der deutschen Nachfrage abhängt, 2019, in Prozent bzw. Mrd. Euro

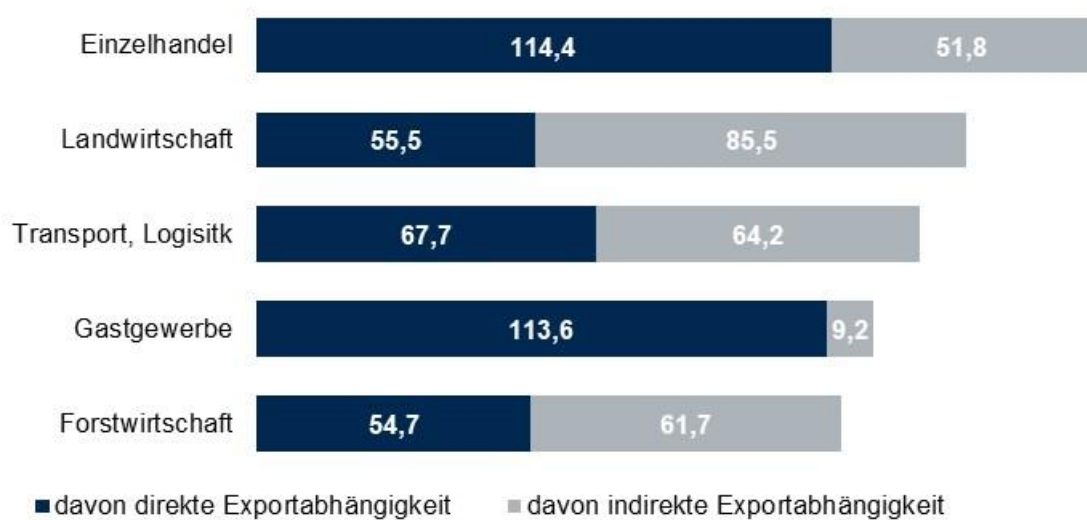


Quelle: Exiobase 2022, eigene Darstellung Prognos

Abbildung 17 zeigt, dass in Polen im Einzelhandel (166.200 Personen), in der Landwirtschaft (141.000 Personen) sowie in der Transport- und Logistik-Branche (131.900 Personen) am meisten Beschäftigte direkt und indirekt von der deutschen Exportnachfrage abhängen.

Abbildung 17

Anzahl der Beschäftigten ausgewählter polnischer Branchen, die (in-)direkt von der deutschen Nachfrage abhängen, 2019, in Tsd. Personen

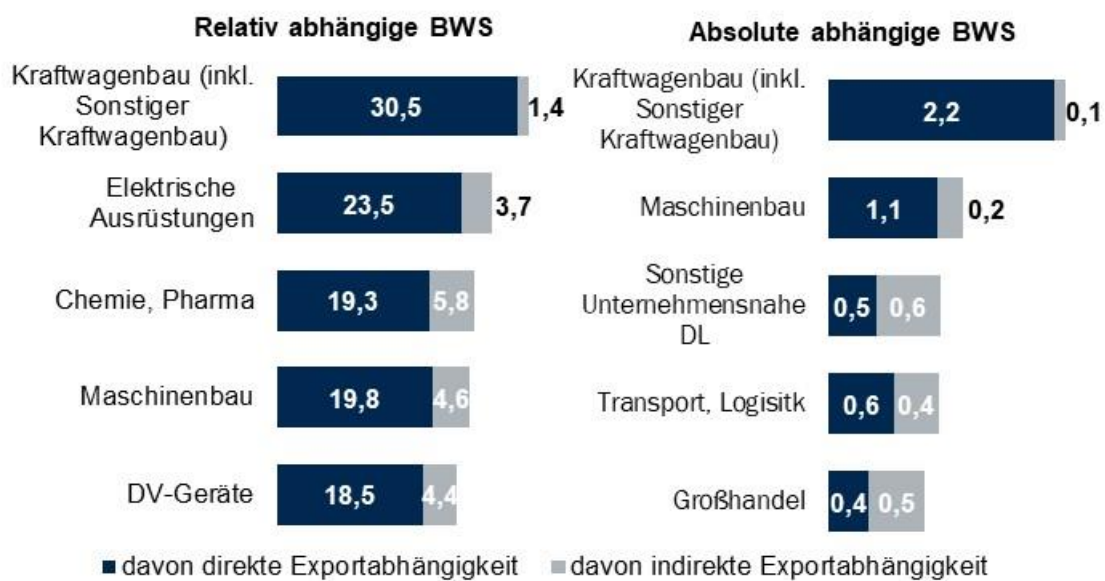


Quelle: Exiobase 2022, eigene Darstellung Prognos

Im Vergleich ungarischer Branchen, die am stärksten von der deutschen Exportnachfrage abhängen, wird eine besonders hohe relative Abhängigkeit (Abbildung 18, links) in den Branchen Kraftwagenbau, elektrische Ausrüstungen sowie Chemie und Pharma deutlich. In der Betrachtung der absoluten Werte (Abbildung 18, rechts) sind der Kraftwagenbau (2,3 Milliarden Euro BWS), der Maschinenbau (1,3 Milliarden Euro BWS) und die sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen (1,1 Milliarden Euro BWS) in Ungarn am stärksten direkt und indirekt abhängig von der deutschen Exportnachfrage. Die sowohl relativ als auch absolut hohe Abhängigkeit des Kraftwagenbaus hebt die Bedeutung der deutschen Automobilbranche für Ungarn hervor.

Abbildung 18

Relative und absolute BWS ausgewählter ungarischer Branchen, die (in-)direkt von der deutschen Nachfrage abhängt, 2019, in Prozent bzw. Mrd. Euro

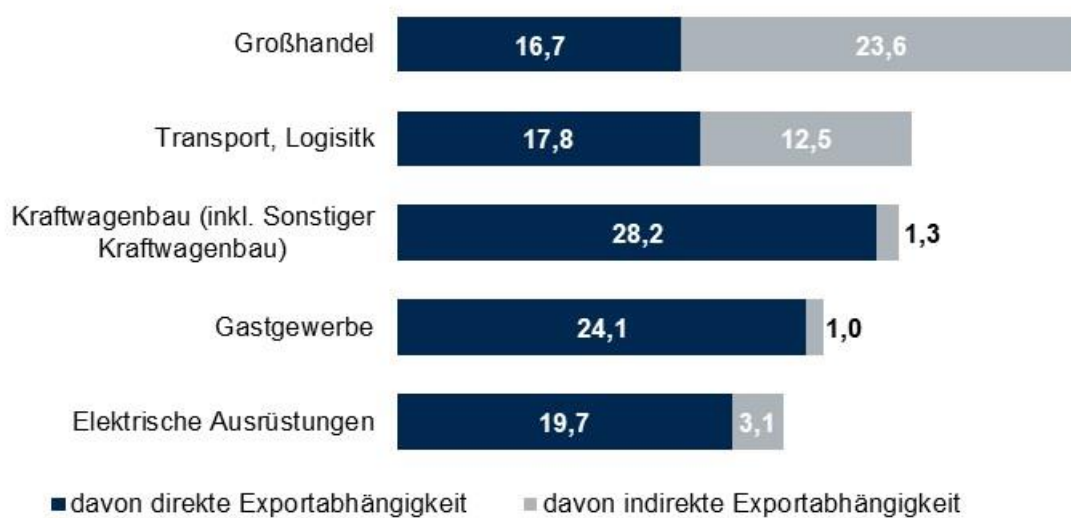


Quelle: Exiobase 2022, eigene Darstellung Prognos

Gemessen an der Beschäftigung hängen im Branchenvergleich besonders der Großhandel (40.300 Personen), Transport und Logistik (30.300 Personen) sowie der Kraftwagenbau (29.500 Personen) in Ungarn an der Nachfrage aus Deutschland (Abbildung 19).

Abbildung 19

Anzahl der Beschäftigten ausgewählter ungarischer Branchen, die (in-)direkt von der deutschen Nachfrage abhängen, 2019, in Tsd. Personen



Quelle: Exiobase 2022, eigene Darstellung Prognos

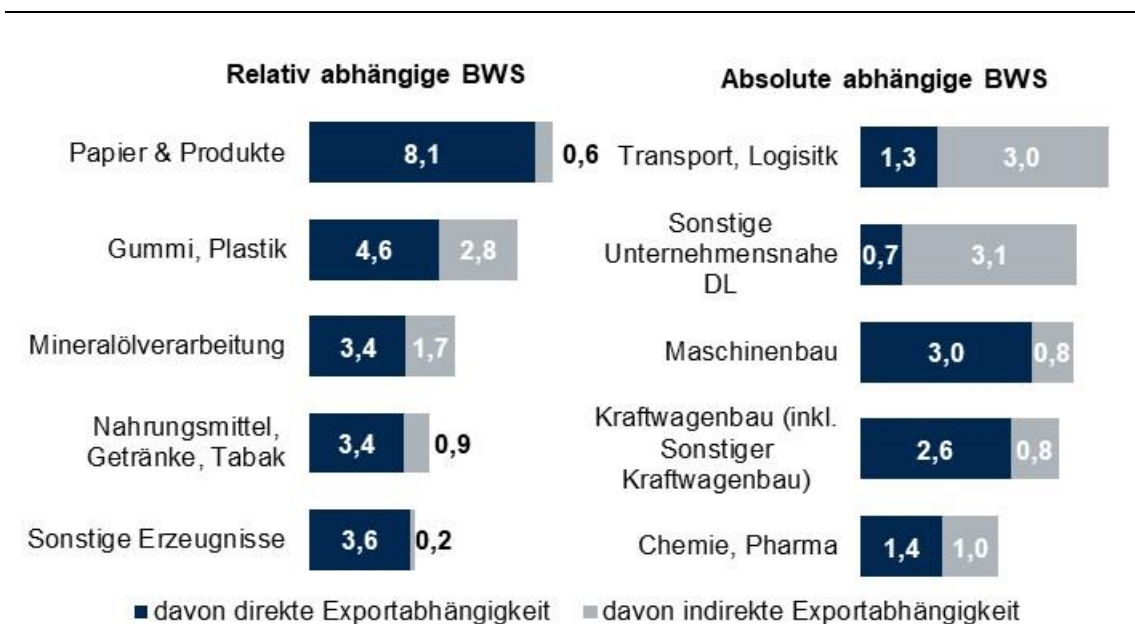
### 3.2 Auswirkung der polnischen und ungarischen Exportnachfrage in Deutschland und Bayern

Umgekehrt sorgt die Exportnachfrage aus Polen und Ungarn für 42,8 Milliarden Euro bzw. 18,5 Milliarden Euro Wertschöpfung in Deutschland und ist für die Beschäftigung von 507.000 bzw. 209.000 Personen verantwortlich.

Die polnische Exportnachfrage hat in Relation zur gesamten BWS der jeweiligen Branche vor allem für die Branchen Papier und Produkte sowie Gummi und Plastik die größte Bedeutung. Gemessen in absoluten Werten hängt in Deutschland die meiste Bruttowertschöpfung in den Branchen Transport und Logistik, den sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen sowie im Maschinenbau von der polnischen Exportnachfrage ab (Abbildung 20).

Abbildung 20

Relative und absolute BWS ausgewählter deutscher Branchen, die (in-)direkt von der Nachfrage aus Polen abhängt, 2019, in Prozent bzw. Mrd. Euro

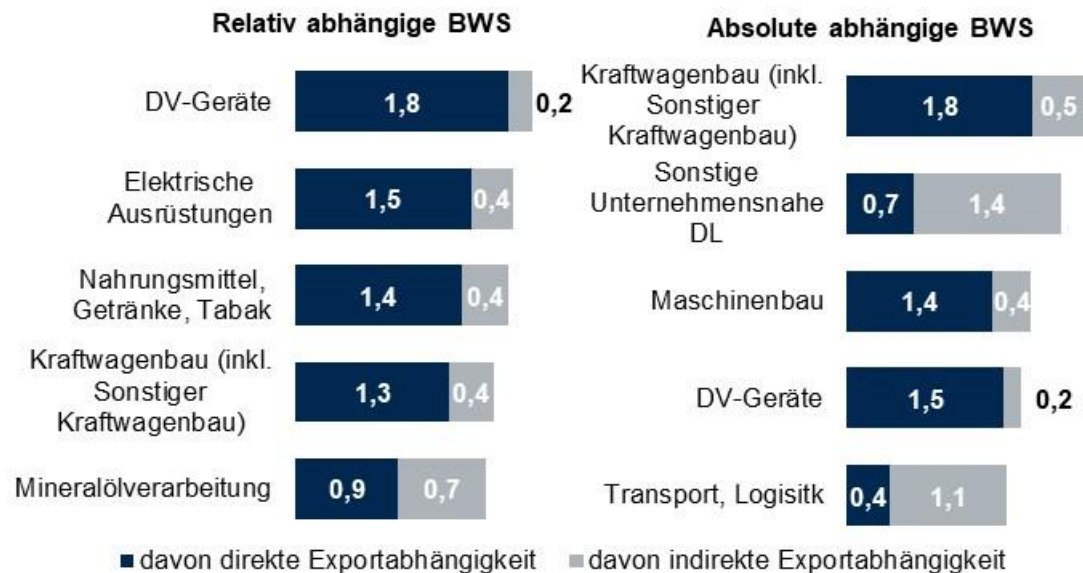


Quelle: Exiobase 2022, eigene Darstellung Prognos

Aufgeschlüsselt nach Branchen zeigt sich bei relativer Betrachtung, dass von der ungarischen Nachfrage vor allem die Wertschöpfung der deutschen Branchen DV-Geräte, elektrische Ausrüstungen sowie Nahrungsmittel, Getränke und Tabak abhängt. In absoluter Rechnung wird die meiste Wertschöpfung im Kraftwagenbau, bei sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen und im Maschinenbau generiert (Abbildung 21).

Abbildung 21

Relative und absolute BWS ausgewählter deutscher Branchen, die (in-)direkt von der Nachfrage aus Ungarn abhängt, 2019, in Prozent bzw. Mrd. Euro

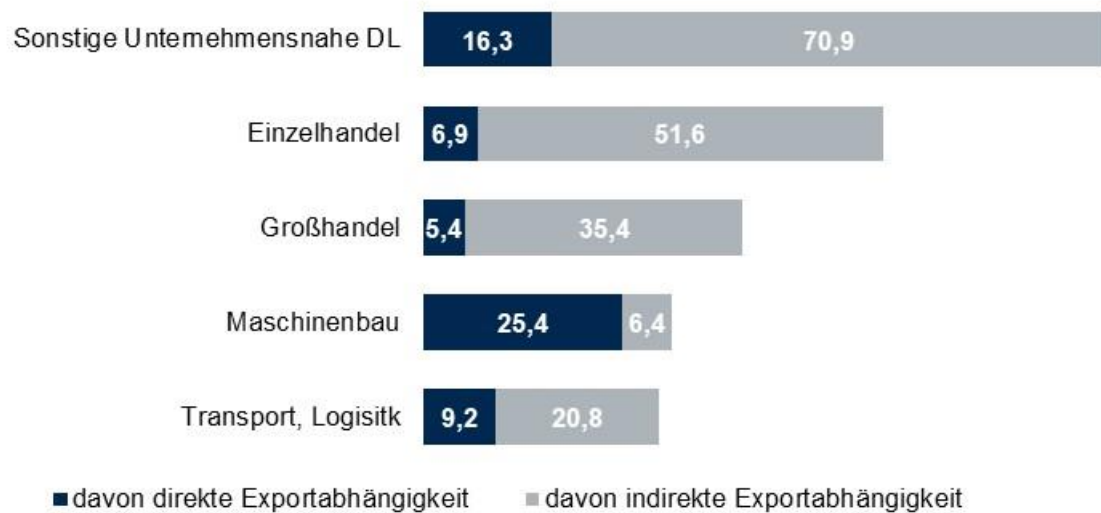


Quelle: Exiobase 2022, eigene Darstellung Prognos

Die Exportnachfrage aus Polen sorgt in Deutschland vor allem bei den sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen (87.200), im Einzelhandel (58.500) und im Großhandel (40.800) für überdurchschnittliche Beschäftigungseffekte (Abbildung 22).

Abbildung 22

Beschäftigung ausgewählter deutscher Branchen, die (in-)direkt von der Exportnachfrage aus Polen abhängt, 2019, in Tsd. Personen



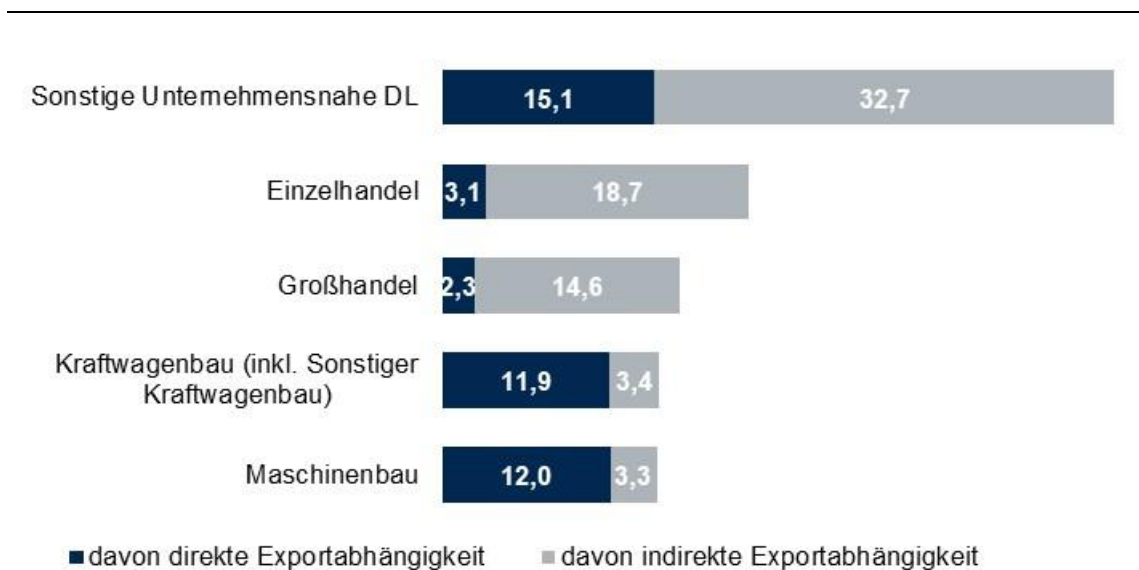
Quelle: Exiobase 2022, eigene Darstellung Prognos



Die Exportnachfrage aus Ungarn sorgt in den gleichen deutschen Branchen für die meiste Beschäftigung wie die Nachfrage aus Polen. So lässt sich die Beschäftigung von 47.800 Personen in den sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen, von 21.800 Personen im Einzelhandel und 16.900 Personen im Großhandel auf die ungarische Exportnachfrage zurückführen (Abbildung 23).

Abbildung 23

Beschäftigung ausgewählter deutscher Branchen, die (in-)direkt von der Exportnachfrage aus Ungarn abhängt, 2019, in Tsd. Personen



Quelle: Exiobase 2022, eigene Darstellung Prognos

Auch in Bayern sorgt der Außenhandel mit Polen bzw. Ungarn für Wertschöpfung und Beschäftigung. Die Nachfrage aus Polen generiert in Bayern 6,9 Milliarden Euro BWS und die Beschäftigung von rund 80.000 Personen. Dabei entfällt die meiste BWS auf den Kraftwagenbau, Transport und Logistik sowie die DV-Gerät-Industrie. Die meiste Beschäftigung hängt in Bayern in den sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen, dem Einzelhandel sowie dem Kraftwagenbau am Außenhandel mit Polen (Abbildung 24).

Abbildung 24

BWS und Beschäftigung in ausgewählten bayerischen Branchen, die von der polnischen Exportnachfrage abhängt, 2019, in Mio. Euro bzw. Tsd. Personen

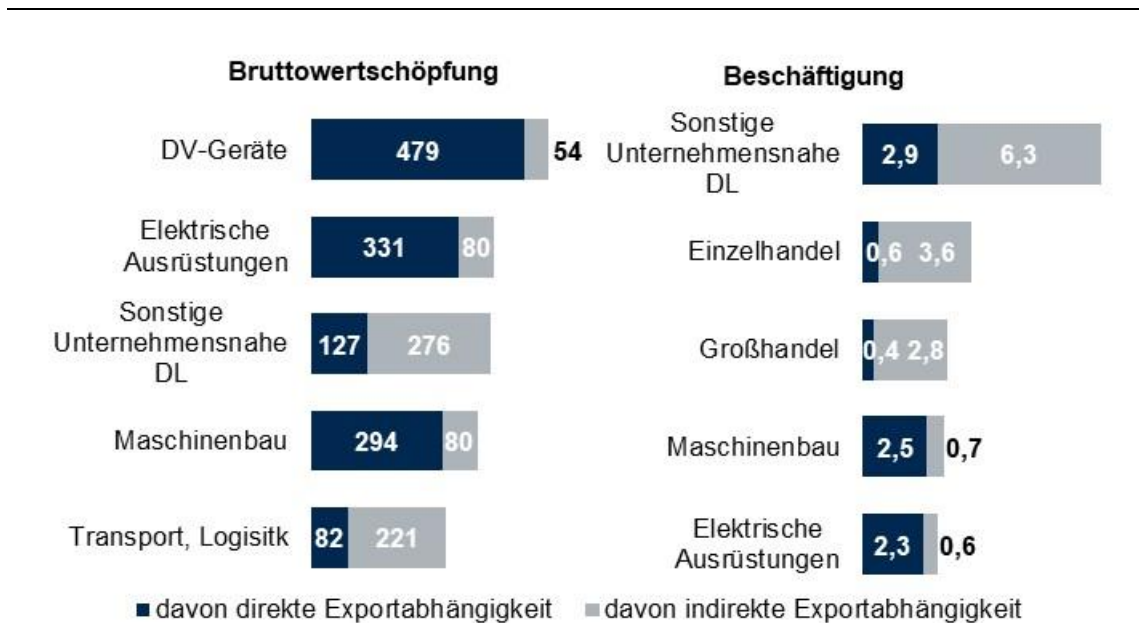


Quelle: Exiobase 2022, eigene Darstellung Prognos

Auf die Nachfrage aus Ungarn entfällt in Bayern eine BWS in Höhe von 3,7 Milliarden Euro und eine Beschäftigung von rund 40.000 Personen. Sie sorgt in Bayern in ähnlichen Branchen schwerpunktmäßig für Bruttowertschöpfung wie die Nachfrage aus Polen. Eine besondere Abhängigkeit bei der BWS weisen die Branchen DV-Geräte, elektrische Ausrüstungen sowie die sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen auf. Auch bei der Betrachtung der abhängigen Beschäftigung in Bayern setzt der Handel mit Ungarn ähnliche Schwerpunkte wie jener mit Polen. Die meiste Beschäftigung in Bayern hängt in den Branchen der sonstigen unternehmensnahen Dienstleistungen, dem Einzel- und Großhandel vom Export nach Ungarn ab (Abbildung 25).

Abbildung 25

BWS und Beschäftigung in ausgewählten bayerischen Branchen, die von der ungarischen Exportnachfrage abhängt, 2019, in Mio. Euro bzw. Tsd. Personen



Quelle: Exiobase 2022, eigene Darstellung Prognos

## 4 Von der wirtschaftlichen Vernetzung profitieren alle Partner

Ohne Lösung des Streits zwischen den polnischen und ungarischen Regierungen mit der EU drohen Wohlstandseinbußen.

Die vorliegende Studie zeigt, wie eng Polen und Ungarn mit der deutschen und bayerischen Volkswirtschaft verflochten sind. Diese Verflechtung wurde vor allem seit dem EU-Beitritt beider Länder im Jahr 2004 weiter vertieft. Jedoch wird die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der beiden Länder nach dem EU-Beitritt in den vergangenen Jahren zunehmend von politischen Konflikten und Rechtsstaatsverfahren zwischen den Regierungen der beiden Länder und der EU überschattet.

Aus Sicht Polens und Ungarns ist Deutschland zentral für die wirtschaftliche Kooperation mit der EU. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner beider Länder und die Bedeutung Bayerns als Ausfuhrziel sowohl von Polen als auch Ungarn nimmt stetig zu. Auch sind deutsche Investitionen eine wichtige Quelle ausländischer Finanzierung von Investitionsprojekten in den beiden Ländern.

Arbeitskräfte aus beiden Ländern spielen eine wichtige Rolle in Deutschland, um den Fachkräftemangel in ausgewählten Branchen zu verringern. Ebenso sind die aus beiden Ländern gelieferten Vorleistungen unverzichtbar für die deutsche Industrie und insbesondere den deutschen Kraftwagenbau.

Die Verflechtungen der Volkswirtschaften führen neben direkten auch zu indirekten Abhängigkeiten in Bruttowertschöpfung und Beschäftigung, die über den direkten Austausch zwischen den Ländern hinausgehen. Insgesamt hängen etwa 9 Prozent der BWS in Polen und Ungarn an dem Handel mit Deutschland. Umgekehrt hängen am Handel mit Polen und Ungarn fast 43 Milliarden bzw. 19 Milliarden Euro der deutschen BWS und knapp 6,9 Milliarden bzw. 3,7 Milliarden Euro der bayerischen BWS.

Ein sich fortsetzender Konflikt mit Polen und Ungarn gefährdet die Kooperation zwischen der EU und diesen Ländern und könnte sich negativ auf den Wohlstand in Polen, Ungarn und Deutschland sowie in Bayern auswirken.

## Literaturverzeichnis

---

**Bundesagentur für Arbeit (2021):**

Beschäftigtenzahlen nach Staatsangehörigkeiten (Quartalszahlen)

**Bundesbank (2022a):**

Direktinvestitionsstatistiken

**Bundesbank (2022b):**

Bestandsangaben über Direktinvestitionen

**Comtrade / Prognos Welthandelsmodell (2022):**

UN Comtrade Database. URL: <https://comtrade.un.org/>, zuletzt besucht am 27.06.2022.

**Cordis (2022):**

EU research projects under Horizon 2020 (2014-2020)

**EUREKA Network (2020):**

Overview per year

**Exiobase (2022):**

Multiregionale Input-Output-Tabellen. URL: <https://www.exiobase.eu/>, zuletzt besucht am 27.06.2022.

**Freedom House (2020):**

Nations in Transit 2020: Dropping the Democratic Facade. URL: <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2020/dropping-democratic-facade>, zuletzt besucht am 05.07.2022.

**Freedom House (2015):**

Nations in Transit 2015: Democracy on the Defensive in Europe and Eurasia. URL: <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2015/democracy-defensive-europe-and-eurasia>, zuletzt besucht am 05.07.2022.

**GTAI (2022):**

Attraktiver Investitionsstandort in Zentraleuropa. Waldemar Lichter, Budapest, 25.05.2022. URL: <https://www.gtai.de/de/trade/ungarn/wirtschaftsumfeld/attraktiver-investitionsstandort-in-zentraleuropa-592776>, zuletzt besucht am 03.06.2022.

**Statistisches Bundesamt (2022):**

Außenhandelsstatistik. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=statistic&levelindex=0&levelid=1656329378444&code=51000#abreadcrumb>, zuletzt besucht am 27.06.2022.

## Ansprechpartner/Impressum

---

### Tatjana Vargas

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-258

[tatjana.vargas@vbw-bayern.de](mailto:tatjana.vargas@vbw-bayern.de)

### Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

### Herausgeber

**vbw**

Vereinigung der Bayerischen  
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5  
80333 München

[www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de)

© vbw September 2022

### Weiterer Beteiligter

Dr. Michael Böhmer

Telefon 089 95 41 586-701  
[michael.boehmer@prognos.com](mailto:michael.boehmer@prognos.com)